

Hans-Gerhard Klatt

Debattenkultur und Versöhnung

In merkwürdigen Zeiten leben wir. Wir können nicht mehr miteinander debattieren. Dem Phänomen hat die Schriftstellerin Thea Dorn den Namen „aggressive Mimosen“ gegeben. In Frankreich wird über die „Generation Beleidigt“ (Caroline Fourest) diskutiert. Gesellschaftspolitische Positionierungen treffen auf Empfindlichkeiten, aus denen heraus eine scharfe Verurteilung und Ausgrenzung der als verletzend empfundenen Position erfolgt. Literaturkritiker Ijoma Mangold warnt vor einem gefährlichen Hang zur „Dämonisierung“ derer, „die die Dinge anders sehen als wir“.

So ist es im Frühjahr dem Bundestagsvizepräsidenten a.D. Wolfgang Thierse geschehen. Er hatte sich aus Sorge um das Gemeinwohl und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu Wort gemeldet. „Wir brauchen eine neue Solidarität“ war sein Ziel. Sein Beitrag in der FAZ sollte aus dem gesellschaftlichen Zustand eines Grabenkampfes herausführen, in den uns identitätspolitische Bekenntnisakte von rechts wie von links immer bedrohlicher verstricken. Damit trat er in guter sozialdemokratischer Tradition in die Fußstapfen eines Johannes Rau, der mit seinem Lebensmotto „versöhnen statt spalten“ in seine Kanzlerkandidatur 1987 gezogen war und von 1999-2004 sein Bundespräsidentenamt gestaltet hatte. Den Wahlspruch Raus explizit zu zitieren hatte Thierse klugerweise unterlassen.

Im Sog der Verwerfungen

Herausgekommen ist kein neues Gefühl für Gemeinsinn, sondern der Gegenschlag einer identitätspolitischen Vereinnahmung seiner Sprecherrolle als „alter weißer Mann, der sich nicht auf den intellektuellen Höhen der Gender- und Postkolonialismusforschung zu bewegen weiß“. Er führte innerhalb der Sozialdemokratie zu Ergebnissen, die das Sich-Schämen gegenüber der „Queer-Community“. Thierse wiederum konnte diese Reaktionen kaum anders verstehen, als dass er von seiner Partei abgespalten werden sollte. Spalten statt versöhnen – treffender kann man die gesellschaftspolitische Funktionsweise von Identitätspolitikern kaum beschreiben.

In der Kulturbranche boomt der Generationenkampf um Diskursmacht, Wahrnehmung und Anerkennung und ein menschheitliches „wir“ bleibt immer stärker auf der Strecke. Die veränderte Medienwelt, in der jede*r die medialen Voraussetzungen in der Hand hält, ungebremst seine „authentische“ Betroffenheit und seine Beschämung der Andersdenkenden in alle Welt zu hauen, trägt das ihre zur „Empörungsdemokratie im digitalen Zeitalter“ (Bernhard Pörksen) bei. Noch schlimmer: Grundlegende Sozialkompetenzen wie Ambiguitätstoleranz, das Aushalten von Differenz, und Empathie, das sich Hineinversetzen in die Lage Anderer, kommen in Verruf, wenn nur noch schwarze Übersetzer*innen schwarze Lyriker*innen übersetzen dürfen oder es zum rassistischen Akt wird, wenn im Theater Rollen hautfarbenübergreifend besetzt werden. Angehörigen diskriminierter Gruppen einen angemessenen Zugang zum Buch- oder Theater-Markt zu verschaffen ist das eine. Wo aber in der auf Freiheit angewiesenen kulturellen und wissenschaftlichen Welt nur noch Verbotsschilder aufgestellt sind, wird aus antirassistischem Protest eine rassistische Praxis und die Freiheit des Denkens hat verloren.

Dabei leben wir in einer globalen Krisensituation, die das menschheitliche „Wir“ in einer Weise herausfordert wie nie zuvor. Sie sorgt zugleich für eine besondere Verletzlichkeit des „Ich“, das sich als Einzelwesen einerseits zutiefst existenziell in seinen Lebensinteressen infrage gestellt sieht und andererseits von der Angst befallen ist, im „Wir“ einer Krisenlösung nicht mehr vorzukommen. So erklärt sich mir die Aufgeregtheit und Unerbittlichkeit in Identitätsfragen. Politisch richtig gefährlich wird sie dadurch, dass sie nicht nur aus einer Ecke kommt. Als Angriff auf demokratische Liberalität unterscheidet sich Identitätspolitik nicht, ob sie von links aus dem Interesse an einer geschlechtlich-antirassistischen Weitung kommt, oder von rechts aus dem Interesse an einer fundamentalistisch-nationalistischen Verengung. In beiden Fällen geht es um nichtdiskutable Grenzziehungen diesseits und jenseits der eigenen Wahrheit. Spiegelbildlich dreschen beide Seiten aufeinander ein. Tertium non datur – ein Drittes gibt es nicht.

Die Gesellschaft, deren Vielfalt sichtbar werden sollte, zerfällt in unterschiedlichen Singularitäten mit je eigenem Wahrheitsanspruch.



Worum geht es eigentlich?

Ganz schön viel zu sortieren. Versuchen wir es einmal.

In der Identitätspolitik geht es darum, für eine Diskriminierung und Ausgrenzung von realen oder vermeintlichen Minderheiten durch eine vermeintliche oder reale Mehrheit sensibel zu machen und für ihre Gleichberechtigung zu kämpfen. Ein sich für das allumfassend Allgemeine haltendes „Wir“ wird ideologiekritisch als eine herrschaftliche Setzung auseinandergenommen, in der bestimmte Gruppen von Menschen nicht mit gleichen Rechten vorkommen. Deshalb wird das Differenzkriterium betont und ein Eigenrecht eingeklagt wie etwa bei „black lives matter“. Es geht um eine emanzipatorische Selbstermächtigung. Das dafür hervorgehobene Differenzmerkmal, sei es ethnischer oder geschlechtlicher Art, meine Identität, wirkt dabei als eine Grenzlinie. Diesseits der Grenze darf und kann nur ich selbst Auskunft über meine Identität geben; niemand anderes hat das Recht, mich zu definieren. Damit definiere ich aber auch automatisch, wer auf der anderen Seite der Grenze steht. Die Rechte zur Selbst- und zur Fremdbeschreibung liegen beide bei mir. Ich muss mich nicht damit auseinandersetzen, dass die andere Seite sich möglicherweise selbst ganz anders sieht. Wenn ich mich durch Thierses Konfliktbeispiele rassistisch angegriffen fühle, dann gilt die Charakterisierung von Thierse als altem weißen Mann als hinreichendes Gegenargument, unabhängig davon, wie er die Beispiele gemeint hat und was sein Anliegen war.

Gegen eine authentische Identitätsbehauptung lässt sich nicht argumentieren. Da sie auf Abgrenzung basiert, ist die Gefahr groß, dass es bald kein Gemeinsames mehr gibt. Die Gesellschaft, deren Vielfalt sichtbar werden sollte, zerfällt in unterschiedlichen Singularitäten mit je eigenem Wahrheitsanspruch. Identität besetzt die alten Positionen von Konfession und Ideologie (Simon Strauß). Es sei denn, ich sehe meine emanzipatorische Selbstermächtigung als lediglich einen Zwischenschritt zur sozialen Integration eines Ausgegrenzten in die allgemeine Gleichheit und Freiheit und stelle mich anderen Sichtweisen.

Erst mit dem Kampf für soziale Integration würde ich zu Recht den demokratischen Raum des Politischen betreten, in dem es um die Organisation der gelebten allgemeinen Gleichheit und Freiheit geht. Es setzt voraus, dass die Differenzkatego-

rien von Geschlecht, Hautfarbe und Abstammung ihre Absolutheit verlieren und sich zu einem alle in Gleichheit und Freiheit umfassenden bürgerschaftlichen Selbstverständnis hin öffnen. So sehr Identitätspolitik notwendig sein mag, um bestehende Spaltungen sichtbar zu machen, so sehr ist darauf zu achten, dass ihre politische Wirkung auf die Funktion der Sensibilisierung beschränkt bleibt und sie nicht zum bestimmenden Merkmal von Politik wird. Damit nicht Spaltung zum Sinn und Zweck der gesamten Unternehmung wird.

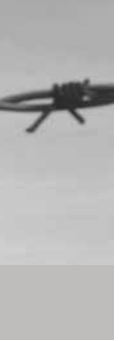
Ohne die Fähigkeit zur Selbstrelativierung führt die Identitätspolitik in das alte antidemokratische Politikmuster des Staatsrechtlers Carl Schmitt, der gegen den Parlamentarismus der Weimarer Republik die Unterscheidung von Freund und Feind zum Wesen der politischen Existenz erklärte. Wer Menschheit sage, wolle betrügen, war seine Überzeugung. Entsprechend müsse sich die Demokratie von universalen Werten verabschieden. Zur Demokratie gehöre notwendig Homogenität und nötigenfalls die Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen.

Kirchliches Schuldbekenntnis gegen die Frontenbildung

Mir fällt an dieser Stelle ein linksprotestantischer Grundlagentext für ein kirchliches Selbstbild ein, das seine Lehren aus dem kirchlichen Versagen in der NS-Zeit gezogen hat. Mit ihm ist eine deutliche Abkehr vom national-konservativen Konsens mit einem Politikverständnis à la Carl Schmitt vollzogen worden, der im Protestantismus bis in weite Teile der Bekennenden Kirche hinein vorherrschend war. Politisch hatte man 1933 Hitler begrüßt, weil er den Geist von Aufklärung und Französischer Revolution, des Kommunistischen Manifestes, der Oktoberrevolution bis hin zur Sozialdemokratie der Weimarer Republik wirksam zu bekämpfen versprach. Dagegen war nun im „Darmstädter Wort“ von 1947 mit seinen sieben Punkten diese Formulierung zu finden:

4. Wir sind in die Irre gegangen, als wir meinten, eine Front der Guten gegen die Bösen, des Lichtes gegen die Finsternis, der Gerechten gegen die Ungerechten im politischen Leben und mit politischen Mitteln bilden zu müssen. Damit haben wir das freie Angebot der Gnade Gottes an alle durch eine politische, soziale und weltanschauliche Frontenbildung verfälscht und die Welt ihrer Selbstrechtfertigung überlassen.

Im Selbstbild, die Feuerwehrleute gegen „Biedermann und die Brandstifter“ zu sein, werden nicht die demokratischen Institutionen und Verfahrensweisen gestärkt, sondern ihrerseits eine Front der Guten gegen die Bösen errichtet, die keinen Raum mehr für Zwischentöne und freies Nachdenken lässt.



Der Satz war nicht nur im Blick auf die Vergangenheit formuliert worden, sondern hatte auch eine auf die damalige Gegenwart bezogene Kraft. Denn erneut war von den USA aus mit der Truman-Doktrin vom März 1947 eine Freund-Feind-Frontenlogik als herrschendes Prinzip der Weltpolitik erklärt worden: der Kampf des Reiches der Freiheit (USA) gegen das Reich der Unfreiheit (die UdSSR).

Bisher hatte ich gedacht, dass die Lehren aus der Vergangenheit klar und unsere Demokratie und ihre Spielregeln stabil genug seien, um ausschließen zu können, dass die Sätze des Darmstädter Schuldbekenntnisses noch einmal auf unsere Gegenwart angewandt werden müssten. Dass es die neue Rechte und ihre identitäre Bewegung auf die Frontenbildung und eine Freund-Feind-Politik anlegen und sich dafür munter auch bei linken Argumentations- und Handlungsmustern der außerparlamentarischen Opposition bedienen, ist dabei für sich noch nicht so überraschend. Verwunderlich ist, dass das identitätspolitische Agieren von rechts nicht zu einem selbstreflexiven Verhalten auf der Linken führt, ihr eigenes Verhältnis zu demokratischen Aushandlungsformen zu überdenken.

Im Selbstbild, die Feuerwehrleute gegen „Biedermann und die Brandstifter“ zu sein, werden nicht die demokratischen Institutionen und Verfahrensweisen gestärkt, sondern ihrerseits eine Front der Guten gegen die Bösen errichtet, die keinen Raum mehr für Zwischentöne und freies Nachdenken lässt. Demokratische Politik lebt von Mehrheitspflichten und Minderheitenrechten und der Suche nach einem Kompromiss in grundlegenden Interessenskonflikten. Wenn alle Seiten zur Frontenbildung der Guten gegen die Bösen zur Durchsetzung ihrer Interessen neigen, bewährt es sich, dass wir nicht in einer direkten, sondern in einer repräsentativen Demokratie leben, die einen Traditions-, Reflexions- und Entschleunigungsfilter vor die Interessensdurchsetzung legt und von einem bürgerschaftlichen professionellen Ethos getragen ist. Auch dies, dass ich einen solchen Satz einmal schreiben würde, hätte ich noch vor wenigen Jahren nicht gedacht. Aber es braucht gegen die identitätspolitische Zerstörung des Politischen ein stärkeres Eintreten für die demokratischen Institutionen in ihrer austarierten Gewaltenteilung von Legislative, Exekutive und Judikative, unabhängig davon, welche Schwächen und Missgriffe sich die je aktuell in der Politik handelnden Personen erlauben. Um Raum zu geben für ein Bewusst-

sein, worum es in der Politik geht: um die Suche nach einer Organisationsform des Gemeinwesens, in der alle in Freiheit und Gleichheit leben können.

Versöhnung als Zielperspektive

Die Sehnsucht nach Versöhnung mag diese Suche vorantreiben. Ihr politischer Leitbegriff aber ist „Versöhnung“ nicht. Er würde das Politische überfrachten mit einem Anspruch, der in Verfahren von Mehrheits- und Minderheiten-Entscheidungen nicht herstellbar ist. Das war die Grenze von Johannes Raus Wahlkampfeslogan, der zwangsläufig unter Ideologieverdacht geriet, und ist die Klugheit Wolfgang Thierses, ihn nicht für sein Anliegen in Anspruch zu nehmen. Und doch gehört er als unaufgebbare Zielperspektive in die identitätspolitischen Auseinandersetzungen hinein. Es muss möglich bleiben, dass die sich so scharf gegenseitig ausgrenzenden Konfliktpartner sich auf einer anderen Ebene als miteinander in Solidarität verbundene Teile der einen Menschheit entdecken.

Das drückt in seiner kirchlichen Sprache der zweite Teil des so herausragenden Satzes aus dem Darmstädter Schuldbekenntnis von 1947 aus. Es geht um die Wahrnehmbarkeit des „freien Angebotes der Gnade Gottes an alle“, dem alle weltanschaulichen Fronten entgegenstehen. Die „Freiheit der Kinder Gottes“ löst die Kirche ideologiekritisch aus jeglichem Spiel der Weltanschauungen und lässt die Verantwortung bewusst werden, „die alle und jeder einzelne von uns für den Aufbau eines besseren deutschen (heute würde ich sagen: europäischen) Staatswesens tragen, das dem Recht, der Wohlfahrt und dem inneren Frieden und der Versöhnung der Völker dient“, wie es in These 7 heißt. Heute sehe ich den politischen Auftrag der Kirchen in der gegenwärtigen Debattenunkultur darin, die Perspektivvorstellung von der versöhnten Menschheit als eine notwendige Kontroll- und Steuerungsinstanz aller Debattenbeiträge zu vertreten, wollen wir nicht auf eine menschliche Selbstvernichtung zulaufen.

Hans-Gerhard Klatt

emeritierter Pfarrer, leitete das Evangelische Bildungswerk in Bremen und war Reformationsbeauftragter der Bremischen Landeskirche.